

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Flüchtlingsunterkunft und weitere spezifische Angebote nur für Frauen

In Deutschland sind nach aktuellen Schätzungen 25 bis 30 Prozent der Flüchtlinge Frauen, Mädchen und Mütter mit Kindern. Sie flüchten genau wie Männer vor Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen. Frauen sind jedoch zudem spezifischen Menschenrechtsverletzungen und Gewalterfahrungen ausgesetzt. In jeder vierten Flüchtlingsfamilie aus Syrien kämpft laut UNHCR eine Frau alleine um ihr Überleben und das ihrer Kinder. Die Männer sind im Krieg getötet oder inhaftiert worden. Die Frauen sind auf Hilfe von außen angewiesen, da sie alleine oder im Exil schnell verarmen. Zusätzlich sind sie als alleinstehende Frauen noch ständiger verbaler und oft auch sexueller Belästigung ausgesetzt. Viele erleiden auf der Flucht sexualisierte Gewalt und sind mehrfach traumatisiert, wenn sie in Deutschland ankommen.

Auch wenn mit Stand September 2015 lediglich 94 alleinreisende Frauen in den Übergangseinrichtungen identifiziert wurden, bedarf es spezieller Schutzräume, die es allen Frauen, die dies wünschen, ermöglichen, in Ruhe und Sicherheit neue Kraft zu schöpfen, anzukommen, sich zu orientieren und auf ein neues Leben in Deutschland vorzubereiten.

Die Unterbringungssituation in großen, gemischten Unterkünften in Bremen führt nicht selten zu einer Verschlimmerung der psychischen Situation von allein geflüchteten Frauen. Denn auf die besondere Schutzbedürftigkeit von traumatisierten Frauen, Müttern mit Kindern und Mädchen kann in den regulären Unterkünften im Augenblick wenig Rücksicht genommen werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- a) unverzüglich eine Flüchtlingsunterkunft nur für Frauen in Bremen zu errichten
- b) und ein Konzept zum spezifischen Beratungs- und Betreuungsbedarf traumatisierter geflüchteter Frauen, Mütter mit ihren Kindern und Mädchen zu erstellen. Dieses Konzept soll der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration bis zum Frühjahr 2016 vorgelegt werden.

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Dr. Henrike Müller, Kebire Yildiz, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sybille, Böschen, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD